



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann,
Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD**
Drs. 17/6029

Keine unnötigen bürokratischen Hürden für Ehrenamtliche

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Bundessteuerblatt vom 25. November 2014 bekannt gegebene Regelung der Dokumentationspflichten für Ehrenamtliche zur steuerlichen Anerkennung von Aufwands- und Rückspenden als Sonderausgabe praxis- und anwendungsgerecht gestaltet wird.

Dies betrifft insbesondere die Regelung, wonach die entsprechende Verzichtserklärung künftig bereits innerhalb von drei Monaten (statt wie bisher am Jahresende) einzureichen ist.“

Berichterstatter: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 23. April 2015 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender